AMTSVERORDNUNG ÜBER ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG IM BEREICH DES AMTES DARß/ FISCHLAND

Aufgrund des § 17 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz –SOG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. März 1998 (GVOBl. M-V S. 335), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Juli 2006 (GVOBl. M-V S. 551), erlässt der Amtsvorsteher des Amtes Darß/Fischland mit Genehmigung des Landrates des Landkreises Nordvorpommern vom 23.10.07 für die amtsangehörigen Gemeinden Ostseebad Dierhagen, Ostseebad Wustrow, Ostseebad Ahrenshoop, Born a. Darß, Wieck a. Darß und Ostseebad Prerow folgende Verordnung:

§ 1 Begriffsbestimmung

- (1) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen (Straßen, Wege und Plätze), auch wenn sie nicht Eigentum der Gemeinde sind. Die genaue Definition ergibt sich aus dem Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG- MV) vom 13. Januar 1993 zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 9. August 2002 (GVOBl. M-V S. 531).
- (2) Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Verordnung sind der Benutzung durch die Öffentlichkeit dienende Einrichtungen des Amtes Darß/ Fischland und der amtsangehörigen Gemeinden:
Park- und Grünanlagen, Rollschuhbahnen, Abenteuerspielplätze, Kinderspielplätze, Bolzplätze, Bedürfnisanstalten, Denkmäler, Seebrücken und sonstige, der Allgemeinheit zur Verfügung stehende Einrichtungen einschließlich des Zubehörs, soweit für sie nicht besondere Vorschriften gelten.

§ 2 Besondere Schutzvorrichtungen

- (1) Grundstückseinfriedungen müssen so errichtet und unterhalten werden, dass sie niemanden behindern oder gefährden. Insbesondere dürfen Stacheldraht, Nägel und andere scharfe oder spitze Gegenstände an den Einfriedungen nicht so angebracht werden, dass sie Personen verletzen oder Sachen beschädigen können.
- (2) Lebende Hecken und Sträucher, die als Grundstückseinfriedungen dienen, sind an der Grenze zu den öffentlichen Verkehrs- oder Grünflächen von den Grundstückseigentümern oder Nutzungsberechtigten jederzeit so beschnitten zu halten, dass eine Verkehrsgefährdung und –behinderung ausgeschlossen wird.
- (3) Türen, Fenster und Fensterläden, die nach außen aufschlagen sowie Schaukästen, Warenautomaten und ähnliche Vorrichtungen, die in den öffentlichen Verkehrsraum ragen, müssen so angebracht sein, dass sie niemanden gefährden oder verletzen können.
- (4) Fahnen, Schriftbänder, Girlanden und dgl. sind so anzubringen, dass sie nicht mit Leitungsdrähten in Berührung kommen können.
- (5) Die im Straßenbereich gelegenen oder ohne besondere Einfriedung unmittelbar an den Straßenbereich angrenzenden Kellerschächte und ähnliche Öffnungen müssen mit festen Abdeckungen (Türen, Deckel, Rosten, Klammern u.a.) versehen sein. Sie sind so anzubringen, dass sie niemanden gefährden oder behindern.
- (6) Die in den Flächennutzungsplänen der amtsangehörigen Gemeinden ausgewiesenen Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB) dürfen nicht für die Lagerung von landwirtschaftlichen Produkten und das Abstellen von landwirtschaftlichen Arbeitsgeräten genutzt werden, soweit diese die gewollte Freihaltung der charakteristischen weiten Grünlandflächen und die

Erhaltung der Ausblicke und Sichtbeziehungen zu den umgebenden Waldgebieten und Wasserflächen beeinträchtigen.

§ 3

Verkehrsbehinderungen und Gefährdungen

- (1) Über die Grundstücksgrenze hängende Zweige von Bäumen und Sträuchern sind über den Gehwegen und Radwegen bis zu einer Höhe von 2,50 m und über den Fahrbahnen sowie Parkspuren bis zu einer Höhe von 4,50 m zu beseitigen.
- (2) Die an öffentlichen Straßen befindlichen Hecken müssen derart beschnitten werden, dass sie nicht über 20 cm in den Straßenraum hineinragen. Innerhalb der geschlossenen Ortslage dürfen Anpflanzungen auf Grundstücken an Straßeneinmündungen im Sichtdreieck auf einer Länge von 10 m gerechnet vom Schnittpunkt der Straßengrenze nicht höher als 80 cm sein.
- (3) Bei Arbeiten an Gebäuden, die Gefahren für Verkehrsteilnehmer verursachen, sind entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.
- (4) Gärfuttersilos dürfen vorbehaltlich der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nur in einer Entfernung von mindestens 10 m zu öffentlichen Anlagen und Straßen angelegt werden. Vorübergehend angelegte Gärfuttersilos, die nicht genehmigungspflichtig sind, müssen zur Wohnbebauung mindestens einen Abstand von 50 m haben.
- (5) An den Wirtschaftswegen ist grundsätzlich das Ablagern von Steinen, die von den Wirtschaftsflächen abgesammelt sind, verboten. Vorübergehend angesammelte Steine sind unverzüglich nach der Ernte zu entfernen oder ggf. einzuebnen.

§ 4

Benutzung öffentlicher Einrichtungen

- (1) Öffentliche Einrichtungen dürfen nur gemäß ihrer ausdrücklichen Zweckbestimmung und bei fehlender Zweckbestimmung nach ihrer Beschaffenheit (Gemeingebrauch) erlaubnisfrei benutzt werden. Es ist verboten, sich in öffentlichen Einrichtungen so zu verhalten, dass andere Personen mehr als nach den Umständen unvermeidbar gestört werden.
Untersagt sind insbesondere:
 - a) störender Lärm
 - b) das Abhalten von Trinkgelagen und das Verweilen in betrunkenem Zustand
 - c) das Übernachten
 - d) soweit möglich öffentliche Einrichtungen mit Fahrzeugen jeglicher Art, ausgenommen Krankenfahrstühlen und Krankenfahrzeugen sowie dienstlich zum Einsatz kommenden Fahrzeugen, zu befahren oder dort zu parken, wenn dieses nicht durch besondere Hinweisschilder gestattet ist.
- (2) Die auf Straßen und in Anlagen aufgestellten Bänke, Blumenkübel und sonstigen der Verkehrsberuhigung oder Verschönerung dienenden Gegenstände dürfen nicht verunreinigt, beschädigt oder unbefugt von ihrem Standort entfernt werden.
- (3) Für jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung ist eine Erlaubnis nach dieser Verordnung erforderlich. Nach sonstigen Vorschriften notwendige Erlaubnisse sind zusätzlich einzuholen.

§ 5

Verunreinigungen

Jede Verunreinigung von öffentlichen Einrichtungen und Straßen ist verboten.

Untersagt sind insbesondere:

- a) das Waschen von Fahrzeugen
- b) das Abspülen von Fahrzeugen mit sonstigen Flüssigkeiten an Wasserläufen oder stehenden Gewässern
- c) das Wegwerfen von Papier, Obstresten oder anderen Abfällen

- d) Hydranten, Hauptabsperrschieber, Einflussöffnungen, Kanalschächte, Versorgungsleitungen und die dazugehörenden Hinweisschilder zuzustellen, zuzudecken, zu verstopfen oder zu verunreinigen;

§ 6

Schneeüberhänge und Eiszapfen

Schneeüberhänge und Eiszapfen an Sachen, insbesondere Gebäuden, durch die Menschen oder Sachwerte gefährdet werden können, sind von dem Pflichtigen umgehend zu entfernen, wenn die Möglichkeit einer gefahrlosen Beseitigung besteht. Anderenfalls hat der Pflichtige die Absperrung der gefährdeten Flächen vorzunehmen.

§ 7

Abbrennen von Feuern

Das Abbrennen von Feuern im Rahmen öffentlicher und privater Veranstaltungen ist erlaubnispflichtig. Sonstige Regelungen (z.B. Pflanzenabfalllandesverordnung vom 18. Juni 2001) bleiben davon unberührt.

§ 8

Wildes Plakatieren

- (1) Es ist nicht gestattet:
 - a) auf Straßen und in öffentlichen Einrichtungen
 - b) an Lichtmasten, Schaltkästen, Buswartehäuschen, Straßenbeleuchtung
 - c) an den zur Straße hin gelegenen Einfriedungen und Hauswänden, soweit sie von der öffentlichen Straße einsehbar sind,
 - d) an Bäumen
- (2) Flugblätter, Druckschriften, Handzettel, Geschäftsempfehlungen und sonstige Werbeschriften unbefugt anzubringen sowie die genannten Einrichtungen zu bemalen, zu beschreiben oder zu bekleben.
- (3) Soweit im Rahmen der Sondernutzung nach den straßenrechtlichen Bestimmungen das vorübergehende Aufstellen von Werbefahrzeugen oder von anderen Werbeanlagen auf Gehwegen erlaubt wird, dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht beeinträchtigt und der Fußgängerverkehr nicht behindert oder belästigt werden.
- (4) Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften, die die Zulässigkeit von Werbeanlagen als bauliche Anlagen bestimmen (Bauplanungs- und Bauordnungsrecht) bleiben unberührt.

§ 9

Lärmbekämpfung

- (1) Vor Kirchen während des Gottesdienstes und vor Schulen während des Unterrichtes sind Lärm verursachende Tätigkeiten verboten.
- (2) Zum besonderen Schutze des Kur- und Erholungsbetriebes in den amtsangehörigen Gemeinden sind vom **15.05. – 31.10. eines jeden Jahres**, in der Zeit von **19.00 Uhr – 8.30 Uhr** sowie **ganzjährig von 12.00 Uhr – 14.00 Uhr** alle Lärm verursachenden Tätigkeiten außerhalb geschlossener Gebäude und besonders in den öffentlichen Einrichtungen nach § 1 (2) untersagt. Ausgenommen hiervon sind landwirtschaftliche Arbeiten. Die Regelungen des Sonn- und Feiertagsgesetzes MV bleiben unberührt.
- (3) Ausnahmen regelt der § 11 dieser Verordnung.

§ 10

Geruchsbekämpfung

- (1) Das Reinigen und Entleeren der Klärgruben, der Schlammfänger für Wirtschaftsabwässer, der Kleinkläranlagen, der Dung-, Jauche- und Güllegruben sowie sonstigen Gruben, die gesundheitsschädliche Stoffe und Abfälle aufnehmen, ist rechtzeitig und in möglichst

geruchloser Weise vorzunehmen. Arbeiten dieser Art sind außer an Sonn- und Feiertagen auch an Samstagen ab 12.00 Uhr verboten.

- (2) Die zum Transport der genannten Stoffe und Abfälle benutzten Wagen und Geräte müssen so beschaffen sein, dass eine Verunreinigung der Straßen ausgeschlossen ist und keine üblen Gerüche entstehen.
- (3) Jauche, Gülle, Stallung und andere extrem übel riechende Stoffe dürfen nur an Werktagen auf Grundstücke ausgebracht werden und müssen dann unverzüglich spätestens am folgenden Tag eingearbeitet werden. An Samstagen und Werktagen sowie vor gesetzlichen Feiertagen dürfen sie nur bis 12.00 Uhr ausgebracht werden und müssen bis 18.00 Uhr eingearbeitet sein
Auf Grünland und anderen mit Pflanzen bestandenen Flächen, in die diese Dungstoffe nicht eingearbeitet werden sollen, dürfen sie nur bei kühler Witterung ausgebracht werden und nicht an gesetzlichen Feiertagen, am Werktag davor sowie an Samstagen und Sonntagen.
- (4) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für landwirtschaftliche Nutzflächen außerhalb geschlossener Ortschaften. Dafür sind die Bestimmungen der Düngeverordnung vom 26. Januar 1996 in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

§ 11

Erlaubnisse; Ausnahmen

- (1) Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung können auf schriftlichen Antrag nur in begründeten Einzelfällen durch schriftlichen Bescheid gewährt werden, soweit geltendes Recht nicht verletzt wird.
- (2) Die Erteilung einer Erlaubnis und die Bewilligung einer Ausnahme erfolgt durch den Amtsvorsteher als örtliche Ordnungsbehörde (nach Abstimmung mit der jeweiligen Gemeinde bzw. Kurverwaltung).

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 19 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes M-V handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig als natürliche Person, Bauträger, Baubetrieb, Veranstalter, sonstiger Gewerbebetrieb gegen die §§ 2 bis 10 dieser Verordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie hat eine Geltungsdauer von 10 Jahren. Damit treten alle bisher geltenden Verordnungen außer Kraft.

Born, den 23.10.2007

gez. Permien
Amtsvorsteher

Genehmigt durch den Landrat des Landkreises Nordvorpommern

gez. Molkentin
Der Landrat

Veröffentlichungsvermerk:
Amtsblatt Nr. 3; Jahrgang 16 vom 23.06.2008